

## Beschluss

Schulfrei für die Bundeswehr

Gremium: Landesvorstand, AK Bildung  
Beschlussdatum: 01.03.2020  
Tagesordnungspunkt: TOP 14 Anträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert ein Verbot der Bundeswehr im Klassenzimmer.  
2 Jugendoffiziere - also junge Soldat\*innen - der Bundeswehr sind bereits seit  
3 vielen Jahrzehnten in den Schulen aktiv. Sie sollen dabei in Zusammenarbeit mit  
4 anderen Akteur\*innen der Friedens- und Konfliktforschung über die  
5 sicherheitspolitischen Herausforderung und die Möglichkeiten der  
6 Friedensförderung den Unterricht bereichern und somit zur politischen  
7 Friedensbildung beitragen. Wir unterstützen den Ansatz, Schüler\*innen zusätzlich  
8 zum Politikunterricht über Friedens- und Konfliktforschung zu informieren.  
9 Formal ist es zwar dabei den Jugendoffizieren strengstens verboten die  
10 Schüler\*innen anzuwerben. Dieses Indoktrinierungsverbot lässt sich jedoch in der  
11 Realität nicht durchsetzen. Die Jugendoffiziere werben mit ihrer Biografie,  
12 ihrem persönlichen Vorbildcharakter für den Soldat\*innenberuf und damit für das  
13 Militär als Arbeitgeber. Schulen sollen sich der politischen Neutralität  
14 verpflichten, wobei wir es für illusorisch halten, dass geschulte Offizier\*innen  
15 neutral und ohne für die Bundeswehr zu werben, Schüler\*innen einen weiteren  
16 Zugang zu Friedens- und Sicherheitspolitischen Fragestellungen geben können.  
17 Auch halten wir es für unwahrscheinlich, dass vereidigte Offiziere einen  
18 neutralen und kritischen Ansatz aufzeigen. Dabei ergibt sich unserer Meinung  
19 nach ein Spannungsfeld zwischen der zu erwartenden politischen Neutralität des  
20 Vortragens und des per Eid geschworenen Treue zu ihrem Dienstherrn.  
21  
22 Wir als GRÜNE JUGEND Hessen fordern deshalb:  
23 - ein Friedensbildung in den Schulen, in welcher Möglichkeiten des persönlichen  
24 Gewaltverzichts, der friedlichen Streitbeilegung und die Methoden der zivilen  
25 Konfliktbearbeitung vorgestellt werden.  
26 - Friedensbildung soll dabei die persönliche Entscheidungsfindung und  
27 Urteilskraft fördern.  
28 - Das Verbot von Bildungsaktivitäten der Bundeswehr an allen Bundeswehr externen  
29 Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, sowie  
30 - das Einbeziehungsverbot der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung von  
31 Lehrerinnen und Lehrer.

## Begründung

erfolgt mündlich